

Wertegemeinschaft EU, Serbien und Türkei?

Ein Essay von Gerd Eisenbeiß

3. Juni 2015

Lieber Freund,

Du findest gut, hast du gestern gesagt, dass die **EU Serbien** finanziell unterstützt, damit das Balkan-Land sich nicht Russland sondern der EU nähert und demnächst EU-Mitglied wird. So könne die EU ihren Einflussbereich nach Osten erweitern.

Das sehe ich ganz anders. Viel zu oft schon hat die EU Staaten Avancen gemacht, sie könnten Mitglied werden, die nicht in unsere Wertegemeinschaft passen. So wurden Balkanstaaten aufgenommen, die noch Jahrzehnte brauchen werden, bis Demokratie und Rechtsstaat westeuropäisches Niveau erreichen. Das EU-Mitglied Bulgarien zeigt immer wieder Neigung, die europäische Solidarität der Demokratien dem alten Gemeinschaftsgefühl mit der slawischen „Brudernation“ Russland unterzuordnen, mit der man die Religion, Sprache und Schrift gemeinsam hat. Dort wie auch in den angrenzenden Ländern des ehemaligen Jugoslawiens herrscht noch immer ein zu großes Maß an Korruption. Ich hege starke Befürchtungen, dass Mazedonien, Albanien, Kosovo und auch Moldawien bereits auf einer Rutschbahn in die EU sind, wobei die USA aus geopolitischen Gründen Schmierseife auf die Rutschbahn bringen, während Großbritannien zusätzlich zieht, damit der Traum einer europäischen Identität und Staatlichkeit gründlich sabotiert wird.

So ist es ja auch seit langer Zeit mit der **Türkei** getrieben worden, die in die EU aufzunehmen ein Herzenswunsch von Amerikanern und Engländern, leider auch von SPD und Grünen (Joschka Fischer als Staranwalt) war. Vielleicht haben wir Glück, dass der türkische Präsident Erdogan die Türkei so anti-demokratisch und unrechtsstaatlich verändert, dass auch dem letzten Träumer auffällt, dass dies Land in der EU nichts zu suchen hat – ungeachtet der beachtlich vielen Türken, die glaubwürdig europäische Werte gegen die zunehmende Repression verteidigen.

Ich komme dabei auf einen schon vor Jahren geschriebenen Satz zurück, dessen Gültigkeit ich gerne weiterhin verteidige: ein Land muss aus seiner inneren Entwicklung heraus und den überzeugenden Wünschen einer breiten Bevölkerungsmehrheit entsprechend die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung wollen und schaffen. Erst danach sollte es in die EU aufgenommen werden.

Und das bringt mein Argument zum **Fall Serbien** zurück: denn dieses Land erfüllt diese Bedingung eindeutig noch lange nicht. Gerade erst haben die Serben einen nationalistischen Putin-Freund zum Staatspräsidenten gewählt, der den Kosovo wieder in Serbien eingliedern will. Die etwas weniger nationalistisch großslawisch ausgerichtete Regierung laviert erkennbar zwischen Russland und dem Westen, um möglichst viel finanzielle Unterstützung herauszuholen. Ein Serbien in der EU wäre die Addition der Problemfälle Griechenland, Bulgarien und Zypern – letzteres wegen der ungelösten Territorialkonflikte mit dem Insel-Norden bzw. dem Kosovo.

Und was **Einflussbereiche** angeht, die Amerikaner und Russen interessieren mögen: wir sollten diesen Begriff in den Geschichtsbüchern lassen, freundschaftliche, offene Kontakte und Handel mit jedermann pflegen, der gutwillig ist, und mit unserem Gesellschaftsmodell überzeugen sowie mit der Qualität von Waren, Dienstleistungen und Kultur. Aber wir sollten nicht der Illusion aufsitzen, mit Finanztransfers Freundschaft und demokratisches Wohlverhalten kaufen oder gar sichern zu können.

Das sollte im Übrigen auch für die **Ukraine** gelten, was immer Putin von diesem Staat übrig lässt.

Um es in Bezug auf die **NATO** ebenso klar zu formulieren: auch dieses Verteidigungsbündnis westlicher Demokratien wird nicht stärker durch Mitglieder wie Georgien oder die Rest-Ukraine; es wird dagegen geschwächt, wenn das Mitglied Türkei den demokratischen Pfad verlässt und den Partnern an mehreren Fronten in den Rücken fällt. Andererseits möchte ich für Deutschland keine Verteidigungspflichten akzeptiert sehen, die sich auf die Grenzen jener Staaten beziehen. Schlimm genug, dass wir als „Wertegemeinschaft“ in EU und NATO Verhältnisse und Politiken hinnehmen müssen, wie sie sich in den letzten Jahren in **Ungarn** ergeben haben.